

Postulat Fraktion SP (Nicola von Greyerz/Katharina Altas/Stefan Jordi, SP): Szenarien für eine neue Kultursubventionspolitik aufzeigen

Die Kulturinstitutionen, die mit der Stadt Bern einen vierjährigen Vertrag haben, verfügen über fast 90% des Budgets der Abteilung Kulturelles der Stadt Bern. Daher ist ein grosser Teil der Gelder in fixen Verträgen mit zum Teil langer Laufzeit gebunden. Als Folge davon werden Budgetkürzungen jeweils bei den Geldern für die freie Förderung vorgenommen. Dies kann aber nicht das Ziel einer innovativen und wohlüberlegten Kulturpolitik sein. Mit der freien Förderung können neue kulturelle Projekte und Initiativen entstehen und sich entwickeln. Wenn sich die finanzielle Lage der Stadt Bern wie prognostiziert markant verschlechtern wird, stehen wir vor der Tatsache, dass auch im Kulturbereich massive Einsparungen gemacht werden müssen. In Bälde starten die Verhandlungen mit den Institutionen für die neue Subventionsperiode 2016-2019. Um die Weichen frühzeitig richtig stellen zu können, muss jetzt die Diskussion darüber geführt werden, welche Institutionen ab 2016 wie viel Geld bekommen sollen. Es stellt sich insbesondere die Frage, ob es nicht sinnvoller wäre, gewisse Verträge nicht zu erneuern oder markant anzupassen und so Gelder für die freie Förderung zu erhalten.

Mit einem Blick auf die Controlling-Berichte der letzten Jahre fallen dabei einige Institutionen auf, deren „finanzieller Fussabdruck“ (Verhältnis der Subventionen und der gezählten Besucherinnen) grösser ist als andere. Diese Institutionen (z.B. Kunsthalle Bern, Kino Kunstmuseum etc.) stehen sicher im Rampenlicht. Doch sind in die Überlegungen auch weitere Kriterien einzubeziehen: Etwa die Ausstrahlung und Wahrnehmung eines Hauses im nationalen und internationalen Umfeld, die Bedeutung für die jeweilige Kunstform, die Nachwuchsförderung und die Professionalität der Führung. Um inhaltliche Diskussionen bzw. die Diskussion der Schwerpunktsetzung wird man dabei nicht drum herum kommen. Bevor jedoch folgenschwere Entscheide getroffen werden, müssen die Konsequenzen abgeschätzt werden können – dies gerade vor dem Hintergrund der neuen Kulturstrategie des Kantons Bern, die einige Bewegung in das Gefüge bringen wird.

Antrag

Der Gemeinderat wird beauftragt aufzuzeigen, welche Auswirkungen das Kantonale Kulturförderungsgesetz KKFG ab 2016 auf die städtische Kulturpolitik haben wird: Wie kann die Stadt sicherstellen, dass die Steuerungsvorgabe von 11% für die direkte Förderung eingehalten werden kann? Könnte die Stadt eine Vorgabe von 15% ohne Budgeterhöhung umsetzen? Und wie würden diese Szenarien aussehen? Erwartet werden Schwerpunktsetzungen.

Bern, 02. Mai 2013

Erstunterzeichnende: Nicola von Greyerz, Katharina Altas, Stefan Jordi

Mitunterzeichnende: Yasemin Cevik, Peter Marbet, Rithy Chheng, Halua Pinto de Magalhães, Lea Kusano, Silvia Schoch-Meyer, Hasim Sönmez, Marieke Kruit, Michael Sutter, Lena Sorg, David Stampfli, Lukas Meier, Annette Lehmann, Martin Krebs, Benno Frauchiger, Gisela Vollmer